

Zusammenfassung vom Infoabend zur Strukturreform am 30.06.2026 in Salzgitter

von Steven Burek
Stabsstelle Reformprozesse

1. Gesamteindruck aus dem Abgleich

Kirchliches Leben vor Ort soll verantwortlich gestaltbar bleiben, die regionale Ebene muss arbeitsfähig und legitimiert sein, und Verwaltung, Finanzen und Gebäude brauchen klare Verfahren. Die drei Vergleichsdokumente bestätigen diese Linien und konkretisieren sie vor allem durch zusätzliche Fragen zu Rechtsstatus, Budgets, Rücklagen, Friedhöfen, Gebäuden, Personal, Verwaltung, Kommunikation und Übergangsschritten.

Die Region soll tragen, ohne den Ort zu entmündigen. Der Ort soll gestalten können, ohne mit Verwaltung und Verantwortung allein gelassen zu werden.

Wer entscheidet künftig was? Wer ist legitimiert? Wie bleiben Orte repräsentiert? Wie werden Budgets, Rücklagen und Vermögen behandelt? Wer kümmert sich um Gebäude, Friedhöfe und Reparaturen? Wie wird Verwaltung organisiert? Und wie bleibt ehrenamtliches Engagement attraktiv, wenn die rechtliche und organisatorische Verantwortung auf eine größere regionale Ebene verlagert wird?

Der gemeinsame Grundton lautet: Die Reform kann als Chance verstanden werden, wenn sie tatsächlich entlastet, Beteiligung ermöglicht, Ortskenntnis ernst nimmt und Vertrauen schafft. Sie wird dort kritisch gesehen, wo Menschen befürchten, dass Verantwortung zwar formal neu geordnet wird, vor Ort aber Gestaltungskraft, Identität und schnelle Handlungsfähigkeit verloren gehen.

Leitgedanke: Vor Ort gestalten, regional tragen und verlässlich organisieren.

2. Vor Ort lebendig

In der Gruppenarbeit wurde deutlich: Kirchliches Leben vor Ort soll auch in der neuen Struktur sichtbar, erreichbar und verantwortlich gestaltbar bleiben. Die Teilnehmenden betonten, dass es vor Ort nicht nur ausführende Gruppen geben darf, sondern eine legitimierte und klar beauftragte Ebene braucht, zum Beispiel ein Team, einen Rat oder Kreis mit konkreten Befugnissen. Diese Ebene sollte ansprechbar sein, Jahresplanung mitgestalten, Anliegen aus dem Ort aufnehmen und eine verlässliche Schnittstelle zur Regionalkirchengemeinde bilden.

Ein zentrales Thema war die Frage nach Verantwortung und Zuständigkeit. Viele wünschen sich Klarheit darüber, welche Entscheidungen künftig vor Ort getroffen werden können, wer Haushalts- und Finanzfragen vorbereitet und wie Vorschläge aus den Orten in die Regionalkirchengemeinde eingebracht werden. Dabei wurde festgehalten: Mittel für die Arbeit vor Ort müssen vorhanden und zugänglich sein. Zugleich braucht es transparente Verfahren, damit lokale Bedarfe ernst genommen werden.

Stark benannt wurde auch die Bedeutung von Gebäuden. Gebäude sind nicht nur Kostenfaktoren, sondern stiften Identität und Verbundenheit. Gleichzeitig fehlen vielerorts tragfähige Gebäudekonzepte: Was wird wirklich gebraucht? Was kann erhalten werden? Was muss neu gedacht werden? Wichtig war den Gruppen: Gebäude allein tragen kein Gemeindeleben. Sie müssen mit Menschen und Leben gefüllt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Ehrenamt, Kirchenvorstand und Kirchen-Teams. Die bisherige Kirchenvorstandsarbeit wird teilweise als überlastend, unattraktiv und schwer vermittelbar erlebt. Die Frage nach künftigen Rollen im Ehrenamt ist deshalb zentral: Was heißt Ehrenamt in der neuen Struktur? Welche Aufgaben kommen auf Kirchenvorstände und Teams zu? Wer leitet die Teams, organisatorisch, inhaltlich und geistlich? Gewünscht wurden Schulungen, Begleitung und eine gabenorientierte Stärkung der Ehrenamtlichen, damit Menschen vor Ort nicht überfordert, sondern befähigt werden.

Mehrfach wurde die Sorge formuliert, dass steigende Verantwortung bei sinkenden Ressourcen zu Überforderung führen kann. Der Pfarrpersonenmangel, fehlende Haupt- und Ehrenamtliche sowie wachsende Verwaltungsaufgaben könnten dazu führen, dass weniger Zeit für Mission, Seelsorge und Kontakt zu Menschen bleibt. Gerade Seelsorge und persönliche Erreichbarkeit wurden aber als entscheidend für kirchliches Leben vor Ort hervorgehoben.

Zugleich wurde die Reform auch als Chance gesehen: Wenn sie gut gestaltet wird, kann sie vor Ort entlasten, Beziehungen stärken und neue Formen von Verbundenheit ermöglichen. Dafür braucht es Vernetzung zwischen Gruppen, zur Kommune, zur Regionalkirchengemeinde und zur Landeskirche. Vertrauen zwischen allen Ebenen ist dabei eine Grundvoraussetzung.

Offen blieben operative Fragen, etwa zu Gebäuden, Friedhöfen, Jugendbeteiligung, Finanzen und konkreten Entscheidungswegen. Insgesamt wurde deutlich: Die neue Struktur kann nur dann tragen, wenn

Ortskenntnis ernst genommen wird, wenn Verantwortung klar geregelt ist und wenn die Menschen vor Ort nicht nur verwaltet, sondern geistlich, organisatorisch und praktisch gestärkt werden.

Zusammengefasst

Kirchliches Leben vor Ort soll auch in der neuen Struktur sichtbar, erreichbar und verantwortlich gestaltbar bleiben. Die Gruppenarbeit betont dafür eine legitimierte und klar beauftragte Ebene vor Ort. Zum Beispiel Kirchen-Teams, Räte, Kreise oder Ausschüsse mit konkreten Befugnissen. Diese Ebene soll ansprechbar sein, Jahresplanung mitgestalten, Anliegen aufnehmen und eine verlässliche Schnittstelle zur Regionalkirchengemeinde bilden.

- **Legitimation und Rechtsstatus:** Mehrfach wird gefragt, welche Rechtsform kirchliche Orte, Ortsgremien oder Kirchen-Teams künftig haben, wie sie gewählt, berufen oder beauftragt werden und wie Ehrenamtliche abgesichert sind.
- **Entscheidungsspielraum vor Ort:** Wiederkehrend ist die Frage, welche Entscheidungen lokal getroffen werden dürfen und wann eine Beauftragung durch die Regionalkirchengemeinde nötig ist.
- **Einbindung in regionale Entscheidungen:** Die Orte wollen nicht nur informieren, sondern wirksam beteiligt werden - besonders bei Gebäuden, Budgets, Jahresplanung, Veranstaltungen und Fragen der örtlichen Identität.
- **Ehrenamt und Identität:** Die Sorge ist groß, dass Ehrenamtliche sich künftig nicht mehr als Gestaltende, sondern als Bittsteller erleben. Darum braucht es klare Rollen, Schulung, Begleitung und echte Gestaltungsräume.

Die Orte brauchen mehr als symbolische Beteiligung. Sie benötigen eine verlässlich legitimierte Struktur, klare Entscheidungsbefugnisse, erreichbare Ansprechpersonen, ein eigenes Arbeitsbudget und die Zusage, dass ihre Ortskenntnis bei allen relevanten Entscheidungen ernst genommen wird. Kirchliches Leben vor Ort darf nicht nur verwaltet werden, sondern muss durch Menschen, Beziehungen, Seelsorge, Mission, Traditionen und neue Ideen lebendig gestaltet werden können.

Kernaussage: Kirchliches Leben vor Ort bleibt nur dann lebendig und gestaltbar, wenn legitimierte Kirchen-Teams oder Ortsgremien klare Befugnisse, echte Entscheidungsspielräume, verlässliche Beteiligung und gute Unterstützung erhalten.

3. Regional getragen

In der Gruppenarbeit wurde deutlich: Die regionale Ebene wird grundsätzlich als notwendig wahrgenommen, sie muss aber klar, verlässlich und arbeitsfähig ausgestaltet werden. Besonders viele Fragen bezogen sich auf den künftigen Regionalkirchenvorstand: Wie setzt er sich zusammen? Wie viele Personen gehören dazu? Wer wird gewählt, wer ist kraft Amtes dabei? Wie wird regionale Repräsentanz gesichert? Und wie wird verhindert, dass ein solches Gremium zu weit weg vom Gemeindeleben vor Ort ist?

Ein zentrales Anliegen war die Sorge vor Überlastung. Schon die bisherige Kirchenvorstandsarbeit wird teilweise als lang, aufwendig und schwer zu bewältigen erlebt. Für den künftigen Regionalkirchenvorstand wurde deshalb nach geeigneten Arbeitsformen gefragt: diszipliniertes Arbeiten, Ausschüsse, klare Zuständigkeiten und eine gute Vorbereitung der Sitzungen wurden als notwendig benannt. Gleichzeitig stand die Frage im Raum, ob sich überhaupt genügend Kandidatinnen und Kandidaten für diese verantwortungsvolle Aufgabe finden lassen.

Wichtig war den Teilnehmenden die klare Verteilung von Kompetenzen zwischen Regionalkirchenvorstand und Kirchenteams vor Ort. Verantwortung vor Ort soll möglich bleiben, braucht aber eine gute rechtliche und organisatorische Absicherung. Besonders kritisch wurde gefragt, welche Entscheidungen vor Ort getroffen werden können und welche beim Regionalkirchenvorstand liegen, etwa bei Gottesdiensten, Investitionen, Spenden, Reparaturen oder der Verwendung von Budgets. Die Sorge wurde formuliert, dass Ehrenamtliche vor Ort sich künftig als „Bittsteller“ fühlen könnten, wenn Entscheidungsbefugnisse vor allem auf regionaler Ebene liegen.

Auch finanzielle und administrative Fragen spielten eine große Rolle. Es braucht klare Regelungen für Grundbudgets, Kirchgeld, zweckgebundene Spenden und Umsatzsteuerfragen. Praktische Abläufe wie kurzfristige Reparaturen müssen unkompliziert geregelt sein. Dafür wurden gut besetzte Büros, Verwaltungsleitung und Liegenschaftsverantwortung als unverzichtbar angesehen. Zugleich wurde betont: Diese zusätzlichen Aufgaben dürfen nicht zu Lasten der Pfarrstellen gehen.

Mehrfach wurde der Zeitplan hinterfragt. Die Teilnehmenden fragten, ob die Vorbereitung und Organisation innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens realistisch zu schaffen ist. Dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass die Voraussetzungen regional sehr unterschiedlich sind. Deshalb braucht es möglicherweise unterschiedliche Geschwindigkeiten und passende Lösungen für die jeweilige Region.

Ein weiteres Thema war Vertrauen. Regionale Entscheidungen können nur dann Akzeptanz finden, wenn Ortskenntnis ernst genommen wird und wenn die Kommunikation zwischen Landeskirche, Regionalkirchengemeinde, Regionalkirchenvorstand und Teams vor Ort verlässlich funktioniert. Die Sorge, Entscheidungen ohne ausreichende Ortskenntnis treffen zu müssen, wurde ausdrücklich benannt.

Gleichzeitig wurde auch eine Chance gesehen: Ein gut aufgestellter Regionalkirchenvorstand kann Kompetenzen bündeln, professioneller arbeiten und die Orte entlasten. Pfarrpersonen könnten in der

neuen Struktur freier entscheiden, ob sie stärker lokal oder themenbezogen arbeiten, in Absprache mit der Regionalkirchengemeinde. Damit regionale Verantwortung wirklich trägt, braucht es jedoch klare Regeln, gute Ausstattung, transparente Entscheidungswege und ein gemeinsames Verständnis davon, wie Verantwortung vor Ort und regionale Steuerung zusammenwirken.

Zusammengefasst

Die regionale Ebene wird im Abgleich grundsätzlich als notwendig wahrgenommen. Zugleich wird deutlich: Sie wird nur dann Akzeptanz finden, wenn sie nachvollziehbar zusammengesetzt, arbeitsfähig organisiert und mit den Orten verlässlich verbunden ist. Im Zentrum steht der künftige Regionalkirchenvorstand, seine Zusammensetzung, seine Legitimation und seine Kompetenzverteilung im Verhältnis zu den Kirchen-Teams vor Ort.

- **Zusammensetzung und Repräsentanz:** Viele Fragen richten sich darauf, wie sich der Regionalkirchenvorstand zusammensetzt, wie kleinere Gemeinden eine Stimme behalten und wie Stadt- und Landkirchorte angemessen vertreten werden.
- **Arbeitsfähigkeit:** Die bisherigen Erfahrungen mit langen Kirchenvorstandssitzungen führen zur Sorge, dass regionale Leitungsgremien noch stärker belastet werden. Gewünscht werden klare Zuständigkeiten, Ausschüsse, gute Vorbereitung und diszipliniertes Arbeiten.
- **Kompetenzverteilung:** Offen ist, welche Kompetenzen beim Regionalkirchenvorstand liegen und welche verbindlich an Kirchen-Teams, Ausschüsse oder örtliche Verantwortliche delegiert werden können.
- **Pfarrdienst und Seelsorge:** Wiederkehrend sind Fragen zu Seelsorgebezirken, dem Salzgit-teraner Modell „Eine Propstei - ein Pfarramt“, örtlicher Präsenz und der Freiheit von Pfarrpersonen, lokal oder themenbezogen zu arbeiten.

Die Regionalkirchengemeinde soll nicht als entfernte Verwaltungsebene erlebt werden, sondern als gemeinsame Trägerstruktur, die Verantwortung bündelt, Kompetenzen stärkt und die Orte entlastet. Dafür braucht es eine transparente Zusammensetzung des Regionalkirchenvorstands, klare Delegationsmöglichkeiten, rechtssichere Ausschüsse, gut vorbereitete Gremienarbeit und verlässliche Kommunikationswege zwischen Landeskirche, Regionalkirchengemeinde, Kirchen-Teams und Gemeindemitgliedern.

Kernaussage: Die regionale Ebene kann nur dann tragen und die Orte entlasten, wenn der Regionalkirchenvorstand transparent zusammengesetzt, arbeitsfähig organisiert und durch klare Zuständigkeiten, echte Delegation und verlässliche Kommunikation eng mit dem kirchlichen Leben vor Ort verbunden ist.

4. Gut organisiert

In der Gruppenarbeit wurde deutlich: Für eine gut organisierte neue Struktur braucht es vor allem klare Regelungen, transparente Zuständigkeiten und ausreichend Spielräume für die Arbeit vor Ort. Besonders angesprochen wurde die Frage, wie Vermögen nach der Auflösung bisheriger Kirchengemeinden übertragen wird und wie es künftig in der Regionalkirchengemeinde verwaltet werden soll.

Ein zentrales Anliegen war, dass auch kleinere Kirchengemeinden beziehungsweise Orte im Vorstand der Regionalkirchengemeinde eine erkennbare Stimme behalten. Dabei wurden verschiedene Möglichkeiten benannt: Wahl, eine gute Wahlbeteiligung, Berufungen oder auch die Bildung von Ausschüssen. Wichtig ist, dass Repräsentanz nicht nur formal geregelt wird, sondern tatsächlich Beteiligung ermöglicht.

Auch die Rolle der Kirchen-Teams wurde konkret diskutiert. Die Teilnehmenden hielten fest, dass Mitglieder der Kirchen-Teams frühzeitig befragt und einbezogen werden sollten. Die Anzahl und die thematischen Schwerpunkte der Kirchen-Teams sollten sich nicht nur aus einer zentralen Planung ergeben, sondern von den engagierten Menschen vor Ort mitentschieden werden.

Praktische Fragen standen ebenfalls im Mittelpunkt: Wer kümmert sich künftig um Kleinstreparaturen an Gebäuden vor Ort? Welche Budgets stehen Kirchen-Teams zur Verfügung? Wie hoch müssen diese Budgets sein, damit die Arbeit vor Ort handlungsfähig bleibt? Hier wurde deutlich: Gute Organisation zeigt sich nicht nur in Satzungen und Gremien, sondern auch in alltagstauglichen Abläufen.

Mit Blick auf die künftige Finanzverwaltung wurde der Start der erweiterten Kameralistik zum 01.01.2027 benannt. Gleichzeitig bestand der Wunsch, bisherige Regelungen zu prüfen und möglichst viel Flexibilität zu ermöglichen. Dazu gehört auch die Frage, wie mit Überschüssen in Kirchen-Teams umgegangen wird.

Insgesamt wurde deutlich: „Gut organisiert“ bedeutet, Verantwortung, Finanzen und praktische Abläufe so zu regeln, dass die Regionalkirchengemeinde arbeitsfähig ist und die Orte zugleich nicht entmündigt werden. Entscheidend sind klare Zuständigkeiten, verlässliche Budgets, Beteiligung der Engagierten vor Ort und flexible Lösungen, die kirchliches Leben weiterhin ermöglichen.

Zusammengefasst

Die dritte Perspektive bündelt die praktischen Voraussetzungen der Reform. Im Abgleich wird deutlich: Viele Akzeptanzfragen entscheiden sich an scheinbar operativen Punkten. Budgets, Rücklagen, Gebäude, Reparaturen, Personal, Verwaltung, Unterkonten und Informationswege sind nicht nur technische Fragen, sondern entscheiden darüber, ob Menschen die neue Struktur als handlungsfähig und fair erleben.

- **Finanzen und Vermögen:** Es braucht klare Regeln vor der Bildung der Regionalkirchengemeinden: Grundbudgets, Kriterien der Budgetverteilung, Unterkonten, zweckgebundene

Mittel, Rücklagen, Überschüsse und Vermögensübertragungen müssen transparent geregelt werden.

- **Gebäude und Liegenschaften:** Die Fragen zu Kirchen, Gemeindehäusern, Mietobjekten, Friedhöfen, Land und Wald zeigen: Gebäudekonzepte dürfen nicht nur zentral geplant werden, sondern müssen lokale Identität, Bedarf und Folgekosten berücksichtigen.
- **Verwaltung und Personal:** Es braucht klare Zuständigkeiten für Küsterinnen und Küster, Pfarramtssekretärinnen und -sekretäre, Kita-Trägerschaft, Geschäftsführung, Verwaltungsorte und Informationsweitergabe.
- **Alltagstauglichkeit:** Die Reform muss einfache Abläufe für Kleinstreparaturen, technische Defekte, Veranstaltungen, Hygienekonzepte, GEMA-Fragen und kurzfristige Entscheidungen ermöglichen.

Die neue Struktur braucht ein verbindliches Verwaltungs-, Finanz- und Gebäudemodell, das regionale Steuerung ermöglicht und zugleich lokale Handlungsfähigkeit sichert. Entscheidend sind klare Prozesse, verlässliche Budgets, transparente Vermögensregeln, gut besetzte Büros, schnelle Wege bei alltäglichen Fragen und flexible Lösungen für unterschiedliche regionale Voraussetzungen.

Kernaussage: Eine gut organisierte Reform braucht klare Zuständigkeiten, transparente Finanz- und Vermögensregeln sowie einfache, verlässliche Abläufe, damit regionale Steuerung und lokale Handlungsfähigkeit gleichermaßen gesichert bleiben.

5. Gemeinsame Themen im Abgleich

Themenfeld	Wiederkehrende Kernfrage	Konsequenz für die weitere Bearbeitung
Legitimation und Rechtsstatus	Wer ist vor Ort legitimiert, wer entscheidet, wer ist versichert?	Rechts- und Satzungsmodell für Kirchen-Teams, Ausschüsse und örtliche Beauftragungen entwickeln.
Entscheidungsspielräume	Was darf vor Ort entschieden werden, was entscheidet die Region?	Kompetenzmatrix mit Delegationsmöglichkeiten und Eskalationswegen erstellen.
Repräsentanz	Wie behalten kleine Orte und Dörfer eine Stimme?	Modell für RKV-Zusammensetzung, Berufungen, Ausschüsse und Beteiligungsformate klären.
Finanzen und Vermögen	Wer verfügt über Budgets, Rücklagen, Überschüsse und zweckgebundene Mittel?	Finanzmodell mit Grundbudgets, Unterkonten, Zweckbindungen und Transparenzregeln vorlegen.
Gebäude, Friedhöfe, Liegenschaften	Wer entscheidet, was erhalten wird, und wer kümmert sich praktisch?	Gebäude- und Liegenschaftsmodell inklusive Kleinstreparaturen, Friedhofsfragen, Land/Wald und Mietobjekten entwickeln.
Verwaltung und Personal	Wer übernimmt Geschäftsführung, Verwaltung, Personalentscheidungen und Informationsfluss?	Verwaltungsmodell mit Rollen, Orten, Personalzuständigkeiten und Kommunikationswegen beschreiben.
Ehrenamt und Identität	Wie bleibt Engagement sinnvoll, attraktiv und wirksam?	Ehrenamtskonzept mit Schulung, Begleitung, Anerkennung und echten Gestaltungsräumen formulieren.
Zeitplan und Übergang	Was gilt ab wann und welche Übergangsregelungen gibt es?	Verbindlichen Fahrplan mit Übergangsantworten, Kommunikationsmaterial und Zuständigkeiten erstellen.

6. Klärungsfragen für die weitere Bearbeitung

Aus den Rückmeldungen ergeben sich u.a. folgende prioritäre Fragen für die Arbeitsgruppen, die Gesetzgebung und die Vorbereitung der Regionalkirchengemeinden:

1. Welche Struktur ist unterhalb der Regionalkirchengemeinde vorgesehen, und wie werden Kirchen-Teams oder Ortsgruppen rechtlich bezeichnet und abgesichert?
2. Wie werden Verantwortliche vor Ort gewählt, berufen, beauftragt oder eingeführt, und wie ist ihr Versicherungsschutz geregelt?
3. Welche Entscheidungen können verbindlich vor Ort getroffen werden, und wofür braucht es Beschlüsse oder Beauftragungen durch den Regionalkirchenvorstand?
4. Wie setzt sich der Regionalkirchenvorstand zusammen, und wie wird sichergestellt, dass kleinere Gemeinden, Dörfer und bisherige Kirchorte eine erkennbare Stimme behalten?
5. Welche Budgets erhalten Kirchen-Teams oder Orte, nach welchen Kriterien werden sie berechnet, und gibt es Unterkonten oder andere transparente Haushaltsstrukturen?
6. Wie wird mit Rücklagen, zweckgebundenen Spenden, Kirchgeld, Überschüssen, Stiftungen sowie Land- und Waldanteilen umgegangen?
7. Wer entscheidet über Gebäude, Gemeindehäuser, Mietobjekte und Friedhöfe, und wie werden kleine Reparaturen, technische Defekte und Bauprozesse alltagstauglich geregelt?
8. Wie werden Personalfragen, Küsterdienste, Pfarramtssekretariate, Kita-Trägerschaft, Geschäftsführung und Verwaltung künftig organisiert?
9. Wie bleiben Seelsorge, religionspädagogischer Kontakt zu Kindergärten, Jugendbeteiligung, traditionelle Veranstaltungen und örtliche Gemeindekommunikation erhalten?
10. Welche Kommunikationswege sorgen dafür, dass Informationen zwischen Landeskirche, Region, Kirchen-Teams, Kirchenvorständen und Gemeindemitgliedern zuverlässig fließen?
11. Welche Übergangsregelungen gelten bis zur Bildung der Regionalkirchengemeinden und zu den kommenden Wahlen, und wann werden konkrete Antworten erwartet?
12. Wie können Verlustängste, Überforderung und die Frage „Lohnt sich mein Engagement noch?“ konstruktiv aufgegriffen werden?

...